

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Altenhofen Platz 2.

Anzeige: Die sechsgespaltene Kompartimentszeile oder deren Raum 1 Mark, Arbeitervermittlungen 50 Pfennig, Verbandsanzeigen 70 Pfennig pro Zeile.

Dem Kongress der Holzarbeiter-Internationale.

Die Internationale Union der Holzarbeiter hält ihren sechsten Kongress vom 20. bis 24. Juli in Brüssel ab. Sie tagt diesmal in der Stadt, von woher die Bewegung zum ersten Internationalen Holzarbeiterkongress gekommen ist. Das war im Jahre 1891. Am 5. Juni dieses Jahres erließ die belgische Gewerkschaft der Holzarbeiter einen Aufruf an die Holzarbeiterverbände aller Länder, sich an einem vom 15. bis 17. August in Brüssel geplanten Internationalen Holzarbeiterkongress durch Delegierte vertreten zu lassen. Diesem Aufruf folgten Organisationen aus zehn Ländern, und zwar waren vertreten: Amerika, Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Österreich und Schweden. Einige Delegierte hatten nur einen kleinen Teil der im Heimatland beschäftigten Holzarbeiter hinter sich, während die größeren Verbände auf dem Kongress nicht vertreten waren. Aus Deutschland war nur der Zentralverband der Bildhauer vertreten, der Tischler-Verband hatte von einer Beteiligung abgesehen. Er erhielt von dem Aufruf erst Ende Juni Kenntnis, so daß ihm die nötige Zeit zur Vorbereitung zum Kongress fehlte.

Wenn der erste Internationale Holzarbeiterkongress auch nicht die Hoffnungen erfüllte, die auf ihn gesetzt wurden, so gehört ihm doch das erste Blatt in der Geschichte der Holzarbeiter-Internationale. Er legte den Grundstein zu unserer Internationalen Union der Holzarbeiter. Ihre Gründung stellte man sich damals leichter vor, als sie später möglich war. Der Brüsseler Kongress war der ganz richtigen Ansicht, daß starke nationale Organisationen die erste Voraussetzung für eine lebens- und arbeitsfähige Internationale sind. Darum wurden die Landesverbände verpflichtet, mit ganzer Kraft an die Organisation aller Holzarbeiter zu gehen. Der Sekretär der belgischen Gewerkschaft der Holzarbeiter wurde zum Internationalen Sekretär gewählt. Seine Bemühungen, eine feste internationale Verbindung zu schaffen, führten zu keinem Erfolg.

Am 10. August 1893 fand der zweite Internationale Holzarbeiterkongress statt, diesmal in Zürich. Inzwischen war der Deutsche Holzarbeiter-Verband gegründet worden, der auf diesem Kongress durch mehrere Delegierte vertreten war. Sein wichtigster Beschluß war die Sicherlegung des Internationalen Sekretariats nach Stuttgart und die Wahl von Karl Klotz zum Internationalen Sekretär. Klotz ging mit Feuereifer an seine Arbeit, aber auch er hatte nur mäßigen Erfolg. Als er den Vorschlag machte, den nächsten Internationalen Kongress 1896 in Amsterdam abzuhalten gingen nur aus fünf Ländern zustimmende Antworten ein. Unter diesen Umständen mußte von der Einberufung des Kongresses abgesehen werden. Um die Verbindung nicht ganz zu verlieren, wurde gelegentlich des Internationalen Arbeiterkongresses 1896 in London eine Holzarbeiterkonferenz einberufen, an der sich aber nur Deutschland, England, Frankreich und Holland beteiligten. Die Landesverbände wurden von den Beratungen der Konferenz durch Rundschreiben in Kenntnis gesetzt. Eine Antwort darauf lief nicht ein. Damit endeten die ersten Versuche zur Schaffung einer Internationale der Holzarbeiter.

Als mit der Zeit die Holzarbeiterverbände in den einzelnen Ländern erstärkten, ihre Wirtschaftskämpfe umfangreicher und heftiger wurden, empfanden sie von selbst das Bedürfnis, mit den Brüdern der Nachbarländer in engere Beziehungen zu treten, sich gegenseitig zu beraten und zu helfen. Dänemark, Deutschland und Österreich entsandten gegenseitig Vertreter zu ihren Verbandstagen, woraus sich allmählich ein lebhafter schriftlicher Verkehr entwickelte. Gelegentlich des Verbandstages der österreichischen Holzarbeiter wurde mit den Vertretern unseres Verbandes der Plan erwogen, einen Internationalen Holzarbeiterkongress einzuberufen. Dieser Plan fand bei den Landesverbänden freundliche Zustimmung, und so konnte 1904 ein Kongress in Amsterdam stattfinden, auf welchem die Gründung der Internationalen Union der Holzarbeiter erfolgte. Zum Internationalen Sekretär wurde Theodor Leipartz gewählt.

Unter Leipartzs Leitung nahm die Internationale Union einen erfreulichen Aufschwung und immer festere Form an. Ihm gelang es nicht nur, die einmal angeknüpften internationalen Verbindungen aufrechtzuerhalten, sondern auch neue Verbände für die Internationale zu gewinnen. Auf dem Stuttgarter Kongress 1907 konnte über bemerkenswerte Fortschritte berichtet werden. Noch günstiger lauteten die Berichte auf dem Kongress 1910 in Kopenhagen. Für 1914 war ein Kongress in Wien geplant. Wenige Wochen vor dem angelegten Eröffnungstage brach der furchtbare Weltkrieg über die Arbeiterklasse herein. Vier Jahre wütete das Ärgernis, wurde in fast allen Ländern der Völkerverhaß geerdigt, war der Gedanke internationaler Arbeiterolidarität das Ziel wüster Beschimpfung. Die Internationale Union der Holzarbeiter hat diese Zeit überstanden, ja, in dieser Zeit ist es manchem von uns erst richtig zum Bewußtsein gekommen, wie bitter not-

wendig wir eine starke Internationale brauchen. Daß während des Weltkrieges die Internationale Union der Holzarbeiter nicht in der gewohnten und notwendigen Weise arbeiten konnte, ist selbstverständlich. Aber kein Landesverband hat die Beziehungen zu ihr abgebrochen, alle warteten auf den Augenblick, der es möglich machte, wieder wie früher zusammenzuarbeiten. Das alles ist der beste Beweis für die gesunde Grundlage und Notwendigkeit unserer Internationalen Union.

Mit dem Amsterdamer Kongress im Dezember 1919 beginnt ein neuer Abschnitt der Geschichte der Internationalen Union der Holzarbeiter. Ihre Grundlage wurde erneuert und festgelegt. Auf Vorschlag der deutschen Delegierten wurde der Sitz der Internationalen Union von Berlin nach Amsterdam verlegt, und der Vorsitzende unseres holländischen Bruderverbandes, C. Woudenberg, zum Internationalen Sekretär gewählt. Kollege Woudenberg verwaltet sein Amt mit Eifer und großem Geschick. Das wurde auf dem Wiener Kongress im Juni 1923 allgemein anerkannt, und darüber gibt es auch heute nur eine Meinung.

Zu Jahresbeginn 1914 waren der Internationalen Union 44 Verbände mit 420 000 Mitgliedern, die sich auf 20 Länder verteilen, angeschlossen. Gegenwärtig gehören ihr 39 Verbände mit 623 800 Mitgliedern an, die sich auf 18 Länder verteilen. Mit einer Reihe von Verbänden in verschiedenen Ländern sind Verbindungen hergestellt, und Kollege Woudenberg hofft, diese Verbände bald völlig für die Union zu gewinnen. Das gilt auch für die Holzarbeiterorganisation in Amerika. Auf dem Brüsseler Kongress werden die amerikanischen Kollegen durch eine Delegation vertreten sein. Wir wollen hoffen, daß ihr Anschluß an die Internationale bald zur Tatsache wird.

Ebenso willkommen sind alle anderen Bruderverbände, die heute noch abseits stehen. Voraussetzung aber ist, daß ihr Anschluß erfolgt aus dem Bestreben, ehrlich und kameradschaftlich mitzuarbeiten. Wer das nicht will oder kann, für solche Verbände ist kein Platz in der Internationalen Union der Holzarbeiter. Das Exekutivkomitee hat daher recht daran, daß es dem Allrussischen Holzarbeiter-Verband und einigen anderen Verbänden, die der sogenannten „Roten Gewerkschaftsinternationale“ angehören, den Anschluß an die Union verweigert hat. Der Wiener Kongress hat Aufnahmebedingungen aufgestellt, die jede Organisation erfüllen muß, die sich uns anschließen will. Die kommunistischen Verbände lehnen das ab, folglich können und dürfen sie auch nicht aufgenommen werden.

Auf dem Wiener Kongress ist kostbare Zeit mit der Erledigung von Anträgen, die die Zulassung der kommunistischen Verbände zum Kongress und zur Union forderten, vergeudet worden. Auch dem Brüsseler Kongress liegen solche Anträge vor. Wir hoffen, daß sie diesmal schneller erledigt werden, als das in Wien geschehen ist.

Im Mittelpunkt des Kongresses steht ein Vortrag des Kollegen Larnow über „Aufgaben und Organisationsform der internationalen Gewerkschaftsbewegung“. Das ist ein Thema, zu dem viel zu sagen ist und wahrheitsgemäß auch viel gesagt werden wird. Es handelt sich um Fragen der allgemeinen Aufgaben der Internationale und um das Verhältnis der Sekretariate zum Internationalen Gewerkschaftsbund.

Die Internationale Union der Holzarbeiter beruht auf dem Gedanken der internationalen Solidarität. Sie ist die Vermittlerin zwischen den Verbänden aller Länder. Sie hilft durch Rat und Tat, wo ihre Hilfe gebraucht wird. Das haben schon alle Landesverbände an eigenen Leiden erfahren. Wenn es gilt, die Kollegen eines Landes bei Kämpfen ideell und materiell zu unterstützen, da haben die deutschen Holzarbeiter stets ihren Mann gestanden. Aber auch die ausländischen Verbände haben uns schon geholfen. Als im Herbst 1923 die deutschen Gewerkschaften durch die rasende Geldentwertung in finanzielle Bedrängnis gerieten, ist der Internationale Gewerkschaftsbund helfend eingegriffen. Unser Verband erhielt von den ausständlichen Brüdernverbänden 50 000 Goldmark überwiesen; unter den heutigen Verhältnissen ein beachtlicher Betrag, damals aber war es eine ganz ansehnliche Summe. Der Verbandsvorstand hat, nachdem sich unsere Finanzlage gebessert hatte, den Betrag der Internationalen Union wieder zur Verfügung gestellt.

Die brüderliche Gesinnung, die in dieser gegenseitigen Hilfeleistung zum Ausdruck kommt, gilt es zu pflegen. Gerade gegenwärtig brauchen wir nichts dringender als internationale Solidarität. Das Unternehmertum holt auf der ganzen Linie aus zum Schläge gegen die Arbeiterklasse. Arbeitszeitverlängerung, Lohnabbau, Entrechtung der Arbeitererschaft ist das Ziel des nationalen und internationalen organisierten Unternehmertums. Durch Schutzzölle sucht es die ausländische Konkurrenz fernzuhalten, angeblich zum „Schutze der nationalen Arbeit“. In Wirklichkeit geht es den Unternehmern um den Profit des eigenen Geldbeutel-

Der Zollwahnsinn, der heute in allen Ländern herrscht, bringt die Arbeiterchaft in große Gefahr. Dagegen anzukämpfen, ist Pflicht der Holzarbeiter in allen Ländern. Auch in diesem Kampfe muß die Internationale Union Helfer und Führer sein.

Die Internationale Union der Holzarbeiter wird ihre Aufgaben um so leichter und besser erfüllen können, wenn hinter ihrer Tätigkeit der einheitliche Wille der angeschlossenen Landesverbände steht. Das war bisher der Fall, und so soll es auch in Zukunft sein. Der Brüsseler Kongress wird das Band der brüderlichen Solidarität, das uns umschlingt, noch fester knüpfen, zum Wohle der Holzarbeiter der ganzen Welt. Das ist unser Wunsch, und in diesem Sinne begrüßen wir den Internationalen Holzarbeiterkongress.

Der Bundesvorstand und das Organisationsproblem.

Der vom Bundesauschuß eingesetzten Kommission zur Prüfung der Organisationsfrage lagen, wie wir berichtet haben, beim Abschluß ihrer Beratungen drei Vorschläge vor, von denen keiner eine Mehrheit auf sich vereinigte. Der Bundesvorstand hat sich deshalb entschlossen, selbst eine Vorlage zu machen und sie dem Bundesauschuß und dem Gewerkschaftskongress zu unterbreiten. Diese Vorlage wird in Nr. 27 der „Gewerkschafts-Zeitung“ veröffentlicht und begründet. Der Vorschlag des Bundesvorstandes soll ein Kompromiß sein, der zwischen den verschiedenen Ansichten vermittelt. Daß diese löbliche Absicht gelungen wäre, kann man jedoch nicht behaupten. Eher wäre man geneigt, unter Anwendung des bekannten Wortspiels zu sagen, daß sich der Bundesvorstand mit seinem Kompromiß kompromittiert habe.

Der Bundesvorstand will das Problem durch eine Änderung der Bundesstatuten lösen, und zwar in der folgenden Weise:

Anträge des Bundesvorstandes zu den Bundesstatuten, betreffend die Organisationsfrage.

§ 4. Diesen Paragraphen zu streichen und dafür zu setzen: Jeder Verband hat die Pflicht, alle in den Berufszweigen seines Organisationsgebietes beschäftigten Ungelernten und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen neben den gelernten Facharbeitern als Mitglieder aufzunehmen.

§ 5. Diesen Paragraphen zu streichen und dafür zu setzen:

In der Regel gilt als Organisationsgebiet eines Verbandes jeweils ein Industriegebiet. Solche Industriegebiete sind besonders folgende: Baugewerbe, Bekleidungsindustrie, Bergbau, chemische und andere Industrien mit vorwiegend ungelerten Arbeitkräften, graphische Gewerbe einschließlich Papierverarbeitung, Holz- und Schnitzstoffindustrien, texturische Industrie, Land- und Forstwirtschaft einschließlich Weinbau und Gärtnerei, Lebens- und Genussmittelindustrien, Schuh- und Lederindustrie, Metallindustrie einschließlich Hüttenbetriebe, Textilindustrie, Transport-, Verkehrs- und öffentliche Verwaltungen.

Da die einzelnen Industriegebiete vielfach ineinanderfließen, mit der fortschreitenden Technik und dem Wechsel der Produktionsarbeiten auch Veränderungen unterworfen sind, können die Organisationsgebiete nicht schematisch abgegrenzt werden. Die Abgrenzung muß deshalb jeweils durch Vereinbarung der in Frage kommenden Zentralverbände erfolgen.

§ 6. Zum Zweck möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation ist anzustreben, daß die einzelnen Berufe sich zu Industrieverbänden zusammenschließen. Für die Richtung des Zusammenschlusses ist die Zusammengehörigkeit der einzelnen Zweige oder Gruppen der gleichen Industrie maßgebend. Im Zweifelsfalle ist die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen.

Solange in einem Industriegebiet noch mehrere Verbände für die verschiedenen Berufe bestehen, haben sie die Pflicht, gegenseitig durch Kartellverträge ein föderliches Nebeneinander- und Zusammenwirken zu sichern und alles zu vermeiden, was einen späteren Zusammenschluß zum Industrieverband erschweren könnte.

Namens- und Satzungsänderungen einzelner Verbände, die dazu führen könnten, ihr Organisationsgebiet einseitig zu ihren Gunsten zu erweitern, sind ohne Zustimmung des Bundesvorstandes nicht statthaft.

§ 7. Diesen Paragraphen zu streichen und dafür den bisherigen § 6 zu setzen.

Betrachten wir die Vorschläge im einzelnen. Der sechsteherige § 4 befaßt, daß sich die gewerkschaftliche Entwicklung in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen, leistungsfähigen Verbänden vollziehen muß, und daß die fortschreitende Technik die Führung der Ungelernten, der Hilfsarbeiter und der Arbeiterinnen zu den für sie zuständigen Berufs- bzw. Industrieverbänden bedingt. Das war eine Richtlinie, die auch im allgemeinen eingehalten wurde. Jetzt soll die Aufnahme der Ungelernten usw. den Verbänden zur Pflicht gemacht werden. Das wäre also eine zwingende Vorschrift, während die in der Begründung der Vorlage wiederholt betonte Ablehnung des Zwanges sich anscheinend nur auf die übrigen Paragraphen bezieht. Soweit uns bekannt ist, es heute nur noch der Buchdrucker-Verband, der die Aufnahme der Hilfsarbeiter ablehnt, die mit den Hilfsarbeitern im Steindruckgewerbe in einem eigenen Verband organisiert sind. Für diese beiden Verbände sowie für die Lithographen und Steindruck und für die Buchbinder käme der im § 5 der Vorlage vorgesehene Verband für das graphische Gewerbe in Betracht. Die vier Verbände bilden zurzeit unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit den „Graphischen Bund“. Am Schluß des vorigen Jahres haben die Vor-

stände der vier Verbände erneut zur Verschmelzungsfrage Stellung genommen. Hierbei gab der Buchdrucker-Verband eine Erklärung gegen die Verschmelzung ab. Unter Hinweis auf die im Jahre 1922 vorgenommene Abstimmung, bei der sich drei Viertel der Abstimmenden gegen die Verschmelzung erklärten, betonte der Vorstand des Buchdrucker-Verbandes, daß sich unter seinen Mitgliedern die Ablehnung gegen die Verschmelzung noch geltend habe. Glaubt der Bundesvorstand wirklich, durch die vorgeschlagene Änderung der Bundesfassung die Stimmung der Buchdrucker in diesem Sinne beeinflussen zu können? Der Verband der Lithographen und Steinsetzer ist für die Verschmelzung, aber er erklärt sich als Gegner eines Versuchs, den graphischen Industrieverband auf Grund eines Beschlusses des Gewerkschaftskongresses aus der Erde zu stampfen. Damit dürfte der Verpflichtung im § 4 der Vorlage das Urteil gesprochen sein.

Der leitende § 5 der Satzungen sichert jeder Gewerkschaft, ob Berufsorganisation oder Industrieverband, den gleichen Anspruch auf Schutz und Hilfe im Bundesrat. Das soll nun gestrichen werden. Diese Streichung und der Erlass des leitenden § 5 durch den neuen Vorschlag soll nur die Bedeutung einer stärkeren Betonung der Industrieorganisation haben. Darüber ließe sich reden, wenn der leitende § 5 nicht vorhanden gewesen wäre. Seine Streichung muß von den bestehenden Berufsverbänden als Entzug des bisher zugesicherten Schutzes empfunden werden.

Mit dem Zweck des neuen § 5 könnte man sich abfinden, zumal es sich nach der Begründung bei den angestrebten Industrieorganisationen nicht um solche im Sinne der Betriebsorganisation handelt. Die Betriebsorganisation war aber das Kernstück des Leipziger Beschlusses; man kann daher bezweifeln, ob die Anhänger der Resolution Dismann für den Vorschlag des Bundesvorstandes zu gewinnen sein werden. Sie können dem Vorschlag vielleicht zustimmen von der Erwägung ausgehend, daß der Wortlaut der Bestimmung maßgebend ist, nicht die Begründung, die der Bundesvorstand seinem Antrag auf den Weg gibt. Wir, die wir Gegner der Dismannschen Richtlinien sind, haben sehr starke Bedenken nicht nur gegen die Forderung der Vorschläge des Bundesvorstandes, sondern insbesondere auch dagegen, daß in den Satzungen die Industriegebiete, für die in der Regel ein Verband existieren soll, namentlich aufgeführt sind. Diese Liste ist nicht erschöpfend. Ansheinend hält der Bundesvorstand die Kräfteverteilung nicht für ein besonderes Industriegebiet. Damit würde er den Dismannschen Richtlinien, nach denen für den Verband der Maschinenisten und Heizer kein Raum vorhanden ist, eine weitere Konzession machen, die von den Betroffenen nicht hingenommen werden dürfte.

Wir haben aber gegen diesen Vorschlag noch besondere Bedenken. Wir erinnern uns, daß seit dem Leipziger Gewerkschaftskongress verschiedentlich eine Agitation zur Umgestaltung der Gewerkschaften im Sinne der angenommenen Resolution Dismann getrieben wurde. Dieser Versuch war lediglich ein Auftrag für den Bundesvorstand und -ausschuss, bei der angeordneten Agitation würde die Entscheidung aber in Betracht, als sei das, was den genannten Instanzen zur Beratung vorgelegt worden war, bereits ein zur praktischen Durchführung bestimmtes Objekt. Die Folge waren unehrenhafte Streitigkeiten. Solche unehrenhaften Erscheinungen werden sich in erhöhtem Maße einstellen, wenn die vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen beschlossen werden sollten. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Industrieorganisation im Sinne des Leipziger Beschlusses in der Aufstellung über die Art der Abgrenzung der Industriegebiete weit auseinandergehen. So stellt sich z. B. der Baugewerksbund auf den Boden der vertikalen Gliederung. Er beansprucht neben allen im Bau tätigen Arbeitern auch die Hersteller der Baustoffe einschließlich der Industrie der Steine und Erden, die auch nach dem Vorschlage des Bundesvorstandes nicht als getrenntes Industriegebiet anerkannt wird.

Der Bundesvorstand meint die Schwäche seines Vorschlages in dieser Hinsicht selbst anzuerkennen, denn er sagt im neuen § 6, daß bei dem Zusammenstoß im Zweifelsfalle die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen ist. Dieser ist ja bereits schon mitunter bei Grenzstreitigkeiten als Schlichter angerufen worden. Sollte sein Vorschlag vom Gewerkschaftskongress angenommen werden, dann wird er für diesen Zweck sehr bald ein besonderes Dezernat einrichten müssen, das sehr stark beschäftigt sein wird.

Im ganzen genommen können wir in dem Vorschlag des Bundesvorstandes eine glückliche Lösung des Problems nicht erblicken. Durch den Vorschlag soll verhindert werden, daß man mit leeren Händen vor den Gewerkschaftskongress tritt. Der Bundesvorstand will es vermeiden, daß die Behandlung der Organisationsfrage hier mit all der Bitterkeit erfüllt ist, die sich während des jahrelangen Streites angehäuft hat, er will nicht den Kongress auf die Kraftprobe der verschiedenen, einander widerstrebenden Richtungen verweisen und es auf eine Zusatzentscheidung ankommen lassen. Alles, was der Bundesvorstand mit seiner Vorlage beabsichtigt, wird unseres Erachtens durch die in gesteigertem Maße hervorgerufen. Die Vorlage ist ein unglücklicher Kompromiß, der nur geeignet ist, den Streit zu verschärfen, nicht aber die Gegensätze zu überbrücken.

Wir würden es für kein Unglück halten, wenn der Bundesvorstand angesichts des Ergebnisses der Kommissionsberatungen gewissermaßen mit leeren Händen vor den Gewerkschaftskongress treten müßte. Die psychologische Einstellung der Arbeiterschaft hat seit dem Leipziger Kongress eine Änderung erfahren. Die Dinge werden voraussichtlich in Breslau viel nüchtern betrachtet werden als in Leipzig, wo die Kräfte noch stark vorherrschend war, daß in der Organisationsfrage etwas geschaffen werden mußte, was von den Leitenden grundsätzlich anerkannt ist. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die heutige Organisationsform bei all ihren Mängeln gar nicht so schlecht ist, wie diejenigen annehmen. Die Parteien von links haben die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse nicht als unüberwindliche Hindernisse betrachtet, sondern als einen Gewinn, wenn der Bundesvorstand des Verfalls untersteht, der entgegengegesetzten Kräfte entgegenzusetzen zu müssen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Belgien und Frankreich für das Washingtoner Achtstundentag-Übereinkommen.

In Belgien fanden kürzlich die Parlamentswahlen statt, aus denen die Sozialdemokratische Partei als Sieger hervorging. Sie ist nun auch an der neugebildeten Regierung hervorragend beteiligt. Das Ministerium für Arbeit und Industrie wird von dem Sozialdemokraten Wauters geleitet, der dem belgischen Vertreter des deutschen „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ auf die Frage, wie sich die Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentag-Übereinkommens stelle, folgendes erklärte:

„Wir werden unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens über den Achtstundentag in der Kammer einbringen. Seine Annahme ist gesichert. Ich hoffe, daß man die Bedeutung dieses Schrittes, namentlich auch im Auslande, anerkennen wird. Wäher wurde unserer Forderung auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

stärkte sich aber bereit, der Ratifizierung unter dem Vorbehalt zuzustimmen, daß Deutschland das Übereinkommen gleichfalls ratifiziere. Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wurde der bürgerliche Antrag einstimmig angenommen.

Was geht nun die deutsche Regierung an? Angeblich lehnt sie die Ratifizierung des Achtstundentag-Übereinkommens nicht grundsätzlich ab, sie könne aber erst erfolgen, wenn auch die anderen Staaten mitmachen. Nachdem nun auch Frankreich und Belgien das Übereinkommen ratifiziert oder so gut wie ratifiziert haben, wird sich die Reichsregierung bald nach einer anderen Ausgabe umsehen müssen, wenn sie es nicht vorziehen sollte, nun endlich die Ratifizierung vorzunehmen.

Wir erwarten, daß das jetzt mit möglichster Eile geschieht. Die Arbeiterschaft wird nicht eher ruhen, bis auch in Deutschland der Achtstundentag wieder gesetzlich festgelegt ist.

Vorläufiges Ergebnis der Volkszählung.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925. Gezählt wurden 62 468 762 Einwohner. Nicht mitgezählt sind die Bewohner des Saargebietes, das infolge der vorübergehenden Vorkriegsverwaltung in die Zählung nicht einbezogen werden konnte. Das Saargebiet zählt etwa 750 000 Einwohner. Rechnet man diese mit, dann zählt Deutschland heute 63 218 762 Millionen Einwohner. Im Juli 1914 wurde mit 68 Millionen Einwohnern gerechnet. Wenn die Bevölkerungszunahme in den letzten elf Jahren die gleiche Entwicklung genommen hätte wie vor dem Weltkriege, würde Deutschland heute etwa 75 Millionen Einwohner haben. Der Bevölkerungserlust infolge des Weltkrieges beträgt etwa 11 1/2 Millionen Menschen. Davon kommen 7 Millionen auf die Gebietsverluste, 2 Millionen auf die Gefallenen, weitere 2 Millionen auf den Geburtenrückgang und 1/2 Millionen Personen sind unter der Last des Krieges frühzeitig gestorben.

Nachstehende Zusammenstellung gibt eine Übersicht über die Zahl der Einwohner insgesamt und nach Geschlecht getrennt auf dem heutigen Gebiet Deutschlands (jedoch ohne Saargebiet). In Vergleich gestellt sind die Ergebnisse der Volkszählungen vom 8. Oktober 1919 und 1. Dezember 1910.

	Einwohner insgesamt	Davon männlich	Davon weiblich	Zunahme in Prozent seit letzter Zählung
1925	62 468 762	30 168 083	32 300 720	5,6
1919	59 178 185	28 171 080	31 007 205	2,4
1910	57 708 369	28 480 817	29 227 552	—

Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht hat durch den Weltkrieg wesentliche Verschiebungen erfahren. Während 1910 auf 1000 männliche 1029 weibliche Einwohner kamen, wurden 1919 auf 1000 männliche 1101 weibliche Einwohner gezählt. Nach der neuen Volkszählung beträgt das Verhältnis 1000 zu 1074. Der Frauenüberschuß ist also noch immer recht stark, die Zählung läßt aber doch schon eine gewisse Rückbildung des durch den Weltkrieg verursachten ungewöhnlich hohen Frauenüberschusses erkennen. Die Zunahme des männlichen Bevölkerungsanteils wird wohl in der Hauptsache auf das Überwiegen der männlichen Geburten zurückzuführen sein, aber es werden doch noch viele Jahre vergehen, bis die Lücken, die durch den Soldatentod von 2 Millionen, im besten Mannesalter stehenden Männern gerissen wurden, wieder geschlossen sind.

Auch innerhalb der geographischen Verteilung der Bevölkerung haben sich wesentliche Verschiebungen ergeben, wie sich aus der folgenden Übersicht übersehen läßt.

Einwohnerzahl des Deutschen Reiches und der Länder.

	Ortsanwesende Bevölkerung nach der Zählung vom	
	16. 6. 1925	1. 12. 1910
Preußen	38 198 460	35 000 830
Bayern	7 398 991	6 882 227
Sachsen	4 970 301	4 808 661
Württemberg	2 691 340	2 487 574
Rheinland	2 319 581	2 142 833
Thüringen	1 624 675	1 510 538
Hessen	1 350 986	1 282 051
Hamburg	1 134 112	1 014 664
Mecklenburg-Schwerin	685 123	639 958
Oldenburg	551 805	483 043
Braunschweig	508 322	494 339
Anhalt	351 471	331 128
Bremen	331 381	299 526
Lippe	165 621	150 697
Südbad	127 460	116 599
Mecklenburg-Strelitz	111 831	106 442
Waldeck	58 641	52 358
Schaumburg-Lippe	48 661	46 652
Deutsches Reich (ohne Saargebiet)	62 468 762	57 708 369

Großstädte, das sind Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern, wurden 45 (einschließlich Saarbrücken 46) gezählt. 1910 und 1919 wohnten 26,3 Prozent der Gesamtbevölkerung in den Großstädten, 1925 sind es nur noch 26,2 Prozent. Unter den Großstädten steht Berlin mit 2 968 388 Einwohnern an der Spitze. Dann kommen Hamburg mit 1 059 558, Köln mit 690 114, München mit 671 548, Leipzig mit 660 140, Dresden mit 608 026 und Breslau mit 538 331 Einwohnern. Alle anderen Städte haben weniger als 500 000 Einwohner.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

Über dieses Thema veranstaltet die Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve mit Verzeichnissen der Frankfurter Zeitung“ (Verlag der Frankfurter Sozialtätendruckerei, G. m. b. H., in Frankfurt a. M., jährlich vier Hefte. Im Abonnement 7 Mk., Einzelheft 2 Mk.) ein Preisauschreiben, dessen nähere Bedingungen in dem letzten erschienenen Heft 2 abgedruckt sind. Es sind Preise von 500 Mk., 300 Mk., 200 Mk. und Höchstpreise im Gesamtwert von 400 Mk. ausgesetzt. Die Arbeiten sind bis zum 31. Dezember 1925 einzulenden.

Lebensmittelzellen bedürftig:

- Verteuerung der Lebensmittel.
- Hunger und Not in den Arbeiterfamilien.
- Unterernährung unserer Kinder.
- Milliardengeschenk an die Junker.
- Herrschaft der Agrarier in Wirtschaft und Staat.
- Nicht Schutz der nationalen Arbeit, sondern Verkümmern der nationalen Arbeitskraft.

Industriezellen bedürftig:

- Ausbeutung der Verbrauchermassen.
- Vernichtung des inneren Marktes.
- Schwächung unserer Industrie auf dem Weltmarkt.
- Nicht höhere Löhne, aber Monopolgewinne der Industriellen.
- Nicht Hebung der Lebenslage, sondern Verteuerung aller Kulturbedürfnisse des arbeitenden Volkes.

Wohlet nun synonim die Wohlfahrzellen!

immer entgegengehalten, daß sie unsere Industrie gegenüber der anderer Länder, die den Achtstundentag nicht einhalten, in gefährlicher Weise schädigen würde. Es wurde deshalb sogar von Freunden des Achtstundentages eine bedingte Ratifizierung vorgeschlagen, d. h. die Ratifizierung sollte erst dann in Kraft treten, wenn die hauptsächlichsten Konkurrenzländer das Abkommen gleichfalls ratifiziert haben würden. Die Erfahrung hat uns aber gezeigt, daß wir mit der Methode der bedingten Ratifizierung nicht vom Fleck kommen. Jedes Land möchte da dem anderen den Vortrang gewähren, und keines entschließt sich, den ersten Schritt zu tun. Wir haben uns deshalb entschlossen, zur unbedingten Ratifizierung zu schreiten, d. h. ohne Rücksicht darauf, was andere Länder tun oder lassen mögen.

Wir erfüllen damit in unserem Lande selber eine durchaus berechtigteste Forderung unserer Arbeiter, die den Achtstundentag dauernd gegen jede Möglichkeit des Angriffs gesichert sehen wollen. Wir glauben allerdings, daß nun, wo der Achtstundentag für die Dauer von zehn Jahren gegen jede Anfechtung gesichert sein wird, auch unsere Arbeiter mit größerer Ruhe und Zuversicht die im Interesse der Produktion etwa nötigen zeitweiligen Ausnahmen annehmen können.

Andererseits wollen wir mit der unbedingten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens aber auch den anderen Ländern ein Beispiel geben, dessen Nachahmung wir von ihnen erwarten. Die französische Regierung hat sich bereits für die Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen. Wir hoffen, daß England und Deutschland nunmehr nicht zögern werden, den gleichen Schritt zu tun. Wir möchten annehmen, daß unser praktischer Schritt es den Arbeitern in Deutschland, England und anderen Ländern erleichtern wird, die Widerstände gegen die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu überwinden.

Wir begrüßen diese Erklärung der belgischen Regierung und hoffen, daß sie ihren Worten bald die Tat folgen läßt. Einige Tage nach Veröffentlichung der belgischen Abichten zur Frage des Achtstundentages kam eine noch erfreulichere Kunde aus Frankreich. Am 8. Juli hat sich das französische Parlament mit der Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens beschäftigt. Von den Sozialdemokraten wurde die bedingungslose Ratifizierung gefordert. Das lehnte die bürgerliche Mehrheit ab, sie er-

Was kostet dich der Zollwucher?

Die Bürgerblockregierung fordert die Wiedereinführung und Erhöhung der Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel. Ihr und den Agrariern sind die Preise für Brot, Fleisch, Butter, Gemüse und für die anderen notwendigen Lebensmittel viel zu niedrig. Sie sollen nämlich erhöht werden, das ist der Sinn und Zweck der Zollvorlage. Was kostet der Arbeiterfamilie dieser Zollwucher? Unter Berücksichtigung des vom Statistischen Reichsamt bei Berechnung der Lebenshaltungskosten angewandten Wertigkeitsschemas ergibt sich für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie (Mann, Frau und drei Kinder von 14, 7 und 1 1/2 Jahren) folgende Mehrausgabe als Folge der Lebensmittelszölle:

Table with 3 columns: Lebensmittel, Verbrauch in 4 Wochen, Mehrausgabe infolge des Zolls im Jahre. Items include Roggenbrot, Weizenmehl, Butter, etc.

Unsere Zusammenstellung enthält nur die allernotwendigsten Lebensmittel und stets nur die Mindestmenge, die die Familie zum Leben unbedingt braucht. Und trotzdem ergibt sie eine Zollelastung von 150 M. in 3 Jahren. Nun sollen aber nicht nur die aufgeführten Lebensmittel, sondern auch alle anderen mit einem hohen Zoll belastet werden. Auch auf Wäsche, Oberbekleidung, Schuhe und auf alle sonstigen Verbrauchsgegenstände will die Regierung einen hohen Zoll legen. Alles, was die Arbeiterfamilie zum Leben braucht, soll riesig verteuert werden. Viele Wochen muß der Arbeiter sich mühen und plagen, nur um den Betrag zu verdienen, um den sein Lebensunterhalt durch die hohen Zölle verteuert wird. Darum unerbittlicher Kampf dem Zollwucher!

Reichsregierung und Säuglingssterblichkeit.

In Nummer 28 der Holzarbeiter-Zeitung haben wir uns mit der von der Reichsregierung beabsichtigten Verschlechterung der Wochenhilfe beschäftigt. Der Regierungsentwurf hat auch anderwärts scharfe Verurteilung erfahren. Das hat die Reichsregierung veranlaßt, eine Abänderung des Entwurfs vorzuschlagen. Ihr erster Plan sah vor, daß ein Entbindungsbeitrag von 80 M. gezahlt wird. In diesen Betrag sollte das Stützgeld eingerechnet sein. Nach dem neuen Vorschlag soll der Entbindungsbeitrag 80 M. betragen, außerdem soll ein Stützgeld in Höhe von 25 M. gezahlt werden. Der Gesamtbetrag wird also um ganze 5 M. erhöht. Daß dieser Vorschlag annehmbar ist, glaubt die Reichsregierung anscheinend selbst nicht, denn sie macht noch einen zweiten Vorschlag. Dieser lautet: „Solange die Wöchnerinnen ihre Neugeborenen stillen, oder wenn feststeht, daß die Wöchnerin infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit außerstande ist, zu stillen, erhält sie ein Stützgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 25 Pf. täglich, bis zum Ablauf der zwölf Wochen nach der Niederkunft.“ Was dieser Vorschlag will, besteht heute bereits. Nach unserer Meinung genügt es nicht, den heutigen Zustand in der Wochenhilfe aufrechtzuerhalten, sondern sie muß wesentlich verbessert werden.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 29. Wochenbeitrag für die Woche vom 12. Juli bis 18. Juli fällig geworden. Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 2. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Ludau (M.-L.). In der Korbwaren-Aktiengesellschaft ist ein Wertmeister Hugo Trenske, der im Vorjahre hauptsächlich zum Unternen der Lehrlinge eingestellt wurde. Von dieser verantwortungsvollen Tätigkeit hat er aber eine ganz merkwürdige Auffassung. Fast täglich werden die Lehrlinge von dem Meister mit Faustschlägen an den Kopf mißhandelt. Zuletzt ist das so arg geworden, daß sich die Jungen fürchteten, nach der Fabrik zu gehen. Herr T. soll früher bei der Schupo gedient haben; wir wissen aber nicht, ob er seine schieflichen Gewohnheiten von daher hat. Die Geschäftsleitung und der Betriebsrat täten gut, den Hochheiten des Meisters ein Ende zu machen, ehe die Jungen alle zu Krüppeln geschlagen sind.

Unsere Lohnbewegung.

Für den Landesarbeitsbezirk Bremen fanden unter Mitwirkung von Vertretern der Zentralvorstände Verhandlungen statt. Der von diesen gemachte Vergleichsvorschlag sieht für die Ortsklassen II bis VI folgende Durchschnittslöhne vor: Ab 10. Juli 88, 84, 79, 75 und 70 Pf.; ab 7. August 94, 89, 80 und 75 Pf.

Für die Musikinstrumentenindustrie in Leipzig, Plauen und Zwickau wurde am 1. Juli über die Neuregelung der

Löhne verhandelt. Das Abkommen erhöht den Spitzenlohn ab 11. Juni um 10 auf 88 Pf. und ab 8. August um weitere 7 auf 95 Pf. Diese Löhne gelten für Leipzig, für Plauen und Zwickau gilt dieselbe Staffelung wie für das sächsische Holzgewerbe. Die bestehenden Akkordlöhne werden ab 11. Juni um 12 Prozent und am 8. August um weitere 9 Prozent erhöht.

Für die Harmonikaindustrie in Gera-Altenburg wurde ein Lohnabkommen getroffen, das eine Zulage von 7 Pf. bringt. Der Spitzenlohn beträgt nunmehr 87 Pf. Die Akkordlöhne werden um 10 Prozent erhöht.

Für die Fuhrschiffwerke im Bezirk Mittelselbe (Gau Magdeburg) wurde ein Lohnabkommen getroffen, das 6 und 8 Pf. Zulage bringt. In Magdeburg beträgt der Spitzenlohn 80 Pf., in Barby, Frose, Grünwalde und Genthin 78 Pf., in Alstedden, Verben und Menburg 75 Pf., in Alten, Hohenwarthe, Hoßau und Langermünde 73 Pf.

In Arnswalde haben die Tischler eine erfolgreiche Lohnbewegung hinter sich. Der Tariflohn wird um 10 auf 72 Pf. erhöht. Die gleiche Erhöhung erfahren die bestehenden Stundenlöhne.

In Essen befinden sich die Modellschreiner der Firma Krupp im Streit. Zugang von Modellschreibern nach Essen ist zu vermeiden. Anfragen sind zu richten an die Verwaltungsstelle Essen, Grabenstraße 47, II.

In Hamburg wurde für die Ristenindustrie eine Vereinbarung getroffen, die die Löhne vom 25. Juni bis 2. September regelt. Der Spitzenlohn beträgt für Arbeiter 84 Pf. und für Arbeiterinnen 85 Pf.

In Leipzig wurde für die Ristenindustrie ein neues Lohnabkommen vereinbart. Ab 28. Juni beträgt der Spitzendurchschnittslohn 85 Pf. und ab 14. August 92 Pf. Die Akkordlöhne werden entsprechend erhöht. Arbeiter, die nicht in Akkord arbeiten können, erhalten zu den Stundenverdiensten eine Leistungszulage von 5 bis 10 Prozent. Auch in der Maßstabindustrie wurden die Löhne neu vereinbart. Hier beträgt der Spitzenlohn ab 8. Juli 85 Pf., ab 2. August 90 Pf. und ab 30. August 95 Pf. Die Leistungszulagen erhöhen sich im Verhältnis der Spitzendurchschnittslöhne. Für die Parkettleger wurde ab 8. Juli ein Mindeststundenlohn von 1,25 M. vereinbart. Dieser Lohn wird bei jeder Akkordarbeit garantiert.

In Münder am Deister ist der Kampf in der Stuhlindustrie beendet. Gestreift wurde um Anerkennung des Landesarbeitsvertrages für das Holzgewerbe in Niedersachsen und um Erhöhung der Löhne. Nach der mit der „Nahmühler Stuhlindustrie“ getroffenen Vereinbarung werden vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an die Zeitlöhne um 15 Pf. und die Akkordlöhne um 15 Prozent erhöht. Für die Regelung der Arbeitszeit, Ferien usw. gelten die Bestimmungen des erwähnten Landesvertrages.

In Swinemünde wurde in Anwesenheit von Vertretern der Zentralvorstände über die Löhne und einen Tarifvertrag verhandelt. Vereinbart wurde, daß der Landesarbeitsvertrag für das Holzgewerbe in der Provinz Brandenburg als Ortstarif für Swinemünde zu gelten hat. Für über 22 Jahre alte Facharbeiter beträgt der Durchschnittslohn ab 26. Juni 81 Pf. und ab 1. August 85 Pf.

In Wagerstorf (Verwaltungsstelle Süderbrarup) stehen die Kollegen der Möbelfabrik von Ludwig wegen Lohnunterschieden im Streit. Zugang ist fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Staatliche Hilfe für die Heimarbeiter.

Die Deutsche Heimarbeitersammlung im Frühjahr 1925 hat auf alle Besucher, die noch ein Herz im Leibe haben, einen tiefen Eindruck gemacht. Wohl ist es den Gewerkschaften gelungen, die Lohn- und Lebensverhältnisse der Heimarbeiter in verschiedenen Orten und Bezirken zu verbessern, aber nirgends herrschen menschenwürdige Zustände. Noch ist die Not und das Elend in den Heimarbeiterfamilien so riesengroß, daß diese langsam, aber sicher zugrunde gehen, wenn nicht die Volksgemeinschaft helfend eingreift. Das scheint auch die Überzeugung der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten zu sein, die am 3. Juli endlich einmal einen vernünftigen Beschluß faßte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte folgende Entschließung eingebracht:

Der Reichstag ersucht die Regierung, schleunigst mit den Regierungen von Bayern und Thüringen darüber zu verhandeln, durch welche Maßnahmen die unerträgliche Notlage in der oberfränkischen Korbwarenindustrie und in der thüringischen und oberfränkischen Spielwarenindustrie Beschäftigten durch Notstandsmaßnahmen gemildert werden kann. Insbesondere ist zu erwägen, wo Weidenculturen für die Korbwarenindustrie zweckmäßig anzulegen sind. Die Reichsregierung wird ersucht, möglichst bald eine Vorlage dem Reichstag zugehen zu lassen, die die notwendigsten Mittel für die Zuschüsse zu Notstandsarbeiten fordert.

Diese Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Aus den Zeitungsberichten über die Reichstagsaktion geht nicht hervor, welche Parteien dagegen gestimmt haben. Der Abgeordnete von Raumer (Deutsche Volkspartei) hat sich gegen die Entschließung gewandt. Nach seiner Meinung ist die Heimarbeit in der Spielwaren- und Korbwarenindustrie zum Tode verurteilt, so daß es sich nicht lohne, Hilfsmassnahmen zu ergreifen. Wenn es sich um die Unterstützung schwerreicher Unternehmer handeln würde, dann hätten Raumer und Genossen anders gesprochen. Da wird mit vollen Händen gegeben, wie das Millionenbesitzer an die Ruhrindustriellen beweist. Aber wenn es sich um Arbeiter handelt, dann stehen diese „Volkstreuer“ mit verschränkter Armer da. Wegen die Heimarbeitersammlung zugrunde gehen, wenn nur das Unternehmertum gut leben kann. Nach dieser Stellungnahme des Herrn von Raumer ist anzunehmen, daß die Volksparteiler gegen die sozialdemokratische Entschließung gestimmt haben. Das werden sich die Heimarbeiter gut merken müssen. Ob die Reichsregierung die Verhandlungen mit Bayern und Thüringen schon aufgenommen hat, ist uns nicht be-

kannt. Hoffentlich erkundigt sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der nächsten Gelegenheit danach. Nicht ganz verständlich ist, warum die Entschließung nicht auch andere Heimarbeitersammlungen erwähnt, wo die Notlage der Heimarbeitersammlungen nicht weniger groß ist als in Bayern und Thüringen. Wir denken dabei vor allem an die Heimarbeiter in der sächsischen Holzindustrie. Vielleicht ist dieser Bezirk deshalb nicht erwähnt, weil die Sozialdemokraten im sächsischen Landtag bereits einen Vorstoß zugunsten der Heimarbeiter unternommen haben. Wir haben darüber in Nr. 28 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet. Die sozialdemokratischen Anträge wurden zwar abgelehnt, sie sind aber doch nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Die sächsische Regierung verlangt vom Landtag die Bewilligung von 1 Million Mark, um „Darlehen an das notleidende Hausgewerbe im Gebirge“ geben zu können. Von der Regierung wird zu diesem Antrag u. a. gesagt: „Die vom Landtag anerkannte Notlage des Kleingewerbes im Gebirge, besonders die der Hersteller von Spielwaren, von Hausgeräten aus Holz, Blech und Aluminium und von Bürstenwaren, der Spantkorbmacher, Nagelschmiede, Getzenbauer usw., beruht nur zum Teil auf den für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben bestehenden, von einem einzelnen Lande nicht zu beherrschenden Schwierigkeiten, in einem erheblichen Maße wird sie dadurch herbeigeführt, daß Hausgewerbetreibende und die sie beschäftigenden Verleger durch die Inflation das notwendige Betriebskapital verloren haben, um alle an sich erreichbaren Verlehrsausträge auch tatsächlich annehmen und durchführen zu können. Die Möglichkeit hierzu kann dadurch geschaffen werden, daß sowohl den Hausgewerbetreibenden zur Annahme von Aufträgen seitens der Verleger als auch diesen zur Annahme von Aufträgen seitens ihrer Besteller Kredite in der notwendigen Höhe auf die Zeit zwischen Annahme des Auftrages und Zahlung, höchstens auf fünf Monate, durch eine sachkundige Vermittlungsstelle zur Verfügung gestellt werden.“

Zu diesen Ausführungen ließe sich mancherlei sagen, wir sehen in diesem Zusammenhang aber davon ab. Die Kredite sollen im Einzelfall gewöhnlich auf vier Monate und in Höhe von 80 Prozent der Auftragssumme gegeben werden. Als Kreditvermittlungsstelle wird von der Regierung das Submissionsamt, wirtschaftliche Zentralstelle des sächsischen Handwerks, v. V., vorgeschlagen. Die Gewerkschaften sollen also wieder ausgeschaltet werden. Das ist ein ganz unverständlicher Vorschlag; gegen den Einspruch erhoben werden muß. Im übrigen aber ist das Vorgehen der sächsischen Regierung zu begrüßen.

Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen.

Deutschland und Polen stehen miteinander im Zollkrieg. In beiden Ländern wird das behauptet und darüber gestritten, ob die polnische oder die deutsche Regierung für diesen unerfreulichen Zustand verantwortlich ist. Was bisher über den Verlauf der Verhandlungen zwischen den Regierungen öffentlich bekanntgeworden ist, genügt nicht zur Bildung eines selbständigen Urteils über die Schuldfrage. Deutscherseits wird behauptet, daß Polen durch die plötzliche Zoll-erhöhung, ganz besonders aber durch den Erlaß von Einfuhrverboten für deutsche Waren den Kampf begonnen habe. Polen behauptet demgegenüber, daß Deutschland zuerst mit feindlichen Maßnahmen vorgegangen sei, und zwar handelt es sich um die Einfuhr von polnischer Kohle. Deutschland war bisher verpflichtet, monatlich 500 000 Tonnen polnische Kohle einzuführen zu lassen. Unter dieser Einfuhr hatte der deutsche Kohlenbergbau schwer zu leiden, besonders der niederschlesische befindet sich in einer schweren Absatzkrise. Gegenwärtig ist die Deutschland auferlegte Verpflichtung zur Abnahme von 500 000 Tonnen polnischer Kohle erloschen. Die polnische Kohleneinfuhr soll nicht ganz gesperrt, aber doch wesentlich eingegrenzt werden. Zunächst war Deutschland bereit, monatlich 60 000 Tonnen polnische Kohle einzuführen zu lassen. Später erhöhte es die Menge auf 100 000 Tonnen. Damit ist Polen aber nicht zufrieden, es verlangt ein Kontingent von mindestens 350 000 Tonnen. Deutschland lehnt diese Forderung ab, und da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, ist es zum Zollkrieg gekommen. Außerdem spielt die Fleisch- und Vieheinfuhr noch eine Rolle.

Als Antwort auf die polnischen Einfuhrverbote für deutsche Waren vom 17. Juni hat die Reichsregierung am 2. Juli Einfuhrverbote für polnische Waren erlassen. Außerdem ist für eine Reihe von Waren, insbesondere für Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Vieh, der Einfuhrzoll so stark erhöht worden, daß die Einfuhr dieser Waren einfach unmöglich ist. Die Einfuhrverbote betreffen Rohstoffe und Fertigfabrikate. Zu den Rohstoffen gehört auch Schnittholz, während Rundholz nach wie vor eingeführt werden kann. Vorausgesetzt allerdings, daß Polen welches ausführen läßt. Wenn nicht bald eine Verständigung erzielt wird, ist zu befürchten, daß Polen die Ausfuhr des für uns wichtigen Rohstoffes sperrt.

Über die Wirkung des Einfuhrverbots für Schnittholz auf die deutsche Holzversorgung läßt sich heute noch nichts Genaues sagen. Bisher war die polnische Schnittholzeinfuhr nicht sehr bedeutend, so daß ihr Ausfall zu nächst nicht sehr fühlbar sein dürfte. Wenn der Zollkrieg aber längere Zeit dauern sollte, dann allerdings wird sich das Einfuhrverbot mindestens in der Entwicklung der deutschen Holzpreise ungünstig bemerkbar machen. Den gerufenen Holzhändlern, an welchen wir keinen Mangel haben, ist das Einfuhrverbot übrigens heute schon ein billiger Vorwand für höhere Preisforderungen.

Bei längerer Dauer des Zollkrieges hat aber nicht nur die deutsche Holzindustrie mit Nachteilen zu rechnen, auch die polnische hat darunter zu leiden. Deutschland ist Polens bester Holzabnehmer; im Jahre 1924 gingen 62 Prozent der gesamten polnischen Holzexporte nach Deutschland. Wie die Dinge liegen, hat also die polnische Holzindustrie mindestens das gleiche Interesse wie die deutsche an einer möglichst schnellen Beilegung des Zollkrieges. Nach Zeitungsberichten gehen die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen trotz des Zollkrieges weiter. Hoffentlich führen diese recht bald zu einer annehmbaren Verständigung. Diese liegt im Interesse beider Länder.

Gewerkschaftliches.

Arbeiterdelegationen nach Russland.

Russland ist in den letzten Jahren von zahlreichen land- und leutekundigen Reisen besucht worden. Ihre Berichte haben in der Öffentlichkeit lebhaftes Interesse gefunden. Wer nach Russland kommt und sich nur das ansieht, was ihm die Regierung zeigt, der ist voll des Lobes über das "Paradies der Arbeit". Die Sowjetregierung hat natürlich eine Reihe von Muster- und Kaserneeinrichtungen sozialer und kultureller Art geschaffen, die den ausländischen Besuchern präpariert vorzuführen sind. Verschiedene Reisende haben sich aber nicht damit begnügt, nur diese Muster- und Kaserneeinrichtungen anzuschauen, sondern sie haben ihre Augen auch dort aufgemacht, wo sie diese nach dem Willen der russischen Machthaber geschlossen halten sollten. Die Reiseberichte über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Orten und Gebietsteilen des ungeheuren Reiches entrollen grauenerregende Bilder. Alle Reiseberichte melden übereinstimmend, daß die Arbeits- und Lebensverhältnisse des russischen Volkes alles andere als paradiesisch sind. Den Kommunisten sind diese Reiseberichte höchst unangenehm. Angeblich sind diese Parteien abgesetzt. Um der deutschen Arbeiterchaft ein objektives Bild von den russischen Zuständen zu geben, läßt die kommunistische Partei von Zeit zu Zeit Arbeiter nach Russland reisen. Auch gegenwärtig wird wieder lebhaft Propaganda für solche Arbeiterdelegationen nach Russland gemacht.

Wenn es diesen Delegationen möglich wäre, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse objektiv zu erforschen, würde ihre Reise unsere volle Unterstützung finden. Voraussetzung dafür ist, daß die nach Russland reisenden Arbeiter das Land kennen und die russische Sprache beherrschen. Ist das nicht der Fall, dann sind sie auf die Führung der dortigen Kommunisten angewiesen, die es meisther nicht verstehen, Potemtschine Dörfer vorzuführen. Was die Delegationen hier sehen, verkünden sie dann in der Heimat als die lautere Wahrheit über die Zustände in Russland. Auf diese Weise hoffen die Kommunisten, in der deutschen Arbeiterchaft die Stimmung zu erzeugen, die sie für ihre politischen Ziele brauchen.

Daß es der russischen Regierung bei der Einladung von Arbeiterdelegationen nicht darum zu tun ist, die wirklichen Zustände zu erforschen zu lassen, beweist die Angelegenheit mit der Wiener Arbeiterkammer. Anfang dieses Jahres übermittelte die Arbeiterkammer durch die österreichische kommunistische Partei an die Sowjetregierung folgenden Bescheid:

„Der Vorstand der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte hält es für zweckmäßig, die gesamten gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Einrichtungen Russlands sowie die damit im Zusammenhang stehenden wirtschafts- politischen Verhältnisse an Ort und Stelle zu erheben. Der Vorstand ist bereit, auf Kosten der Kammer zu diesem Zweck eine Studienkommission nach Russland zu entsenden, unter der Voraussetzung, daß die Kammer von Seiten der russischen Regierung eine offizielle Einladung erhält, in welcher genügende Garantien für die vollkommene Bewegungsfreiheit sämtlicher Kommissionsmitglieder in persönlicher und sachlicher Beziehung geboten und auch entsprechende Fahrtenleistungen in Aussicht gestellt werden. In der Einladung müßte auch zum Ausdruck gebracht werden, daß der Kammer die Zusammenfassung dieser Kommission vollkommen überlassen bleibt.“

Man wird meinen, die Sowjetregierung sei über diesen Bescheid hocherfreut gewesen und habe die Arbeiterkammer sofort eingeladen, eine Delegation zu entsenden. Die Wirklichkeit ist, daß die Arbeiterkammer bis heute ohne jede Antwort ist. Den Kommunisten liegt eben nichts an der Erforschung der russischen Zustände in Wirtschaft und Gesellschaft. Ihnen ist nur an solchen Delegationen gelegen, die das nachbeten, was ihnen von den russischen Machthabern vor- erzählt wird. Die Gewerkschafter haben also allen Grund, eine Beteiligung an den kommunistischen Arbeiterdelegationen abzulehnen.

Jugendkundgebung zum Gewerkschaftstongress.

Am Sonntag, dem 20. August, also am Vorabend des Zusammentritts des Gewerkschaftstongresses, findet in Breslau eine Kundgebung der erwerbstätigen Jugend statt. Beteiligt werden sich daran außer der Gewerkschaftsjugend auch die sozialistische Arbeiterjugend und die Arbeiter-

Turn- und Sportvereine. Die Kundgebung wird in den Mittagstunden des 20. August im Breslauer Naturtheater stattfinden und zum Mittelpunkt ein Referat des Kollegen Willi Eggert, Vorstandmitglied des NDBV, über "Jugend — Gewerkschaften — Staat" haben. Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes und ausländischer Organisationen werden Begrüßungsansprachen halten; umrahmt werden die Reden von Gesang und musikalischen Darbietungen sein.

An unsere jungen Kollegen und Kolleginnen in Schlessen richten wir die Aufforderung, sich recht zahlreich an dieser Kundgebung in Breslau zu beteiligen. Zeigt den aus ganz Deutschland und auch aus dem Ausland anwesenden Vertretern, daß ihr die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation zu schätzen und zu würdigen mißt.

Verbandstag der Fleischer.

Der Zentralverband der Fleischer konnte in diesen Wochen auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Seine erfolgreiche Arbeit in dieser Zeit fand auf dem Verbandstag, der vom 17. bis 20. Mai in Berlin stattfand, allgemeine Anerkennung. Neben inneren Organisationsfragen beschäftigte sich der Verbandstag mit dem Zusammenschluß der Fleischer, Bäcker und Brauer zu einem großen Lebens- und Genussmittelarbeiter-Verband. Verhandlungen darüber haben widerholt stattgefunden, auch Urabstimmungen fanden statt, die aber nicht in allen in Betracht kommenden Verbänden die erforderliche Mehrheit für den Zusammenschluß brachten. Der Verbandstag der Fleischer erklärte sich erneut für die Verschmelzung. In der angenommenen Entschließung heißt es: „Der Verbandstag erwartet, daß alle für die Verschmelzung in Frage kommenden Instanzen und Mitglieder nunmehr mit volstem Ernst und Eifer das Verschmelzungswerk fortsetzen, damit baldmöglichst ein gemeinsamer Verbandstag der drei Verbände die Verschmelzung endgültig vollziehen kann.“ In einer weiteren Entschließung wendet sich der Verbandstag gegen die Wiedereinführung von Schutzzöllen auf Lebensmittel, unter anderem auf Vieh, Fleisch und tierische Fette. Solche Zölle sind volkschädigend, da sie die Ernährung des Volkes erschweren.

Verbandstag der Friseure.

Auf dem Mitte Juni auf „Schloß Tännich“ abgehaltenen 14. Verbandstag des „Arbeitnehmerverbandes des Friseur- und Haargewerbes“ wurde zur Organisationsfrage folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der Verbandstag steht auf dem Standpunkt, daß der Zusammenschluß der Berufsverbände zu großen Industrierverbänden wünschenswert ist. Dieser Zusammenschluß kann jedoch nicht durch Zwangsbeschlüsse, sondern nur auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung erfolgen. Sobald die Voraussetzungen zu einem der Interessen unserer Mitglieder gerecht werdenden Zusammenschluß gegeben sind, soll er erfolgen. Eine zeitliche Begrenzung in dieser Hinsicht zu treffen, liegt jedoch nicht in der Absicht des Verbandstages.“ Weiterhin beschäftigte sich der Verbandstag mit der Genossenschaftsfrage im Friseurgewerbe. Eine Beteiligung des Verbandes an genossenschaftlichen Unternehmungen wird abgelehnt, ihre Errichtung von anderen Organisationen aber lebhaft begrüßt. Eine andere Entschließung fordert die volle Sonntagsruhe für das Friseurgewerbe.

Verbandstag der Steinarbeiter.

Der Zentralverband der Steinarbeiter hielt seinen 10. Verbandstag Mitte Mai in Weimar ab. Im Vorjahr hat er einen Zuwachs durch den Anschluß der Steinleger gefunden, die bis dahin eine eigene Zentralorganisation hatten. Auf dem Verbandstag kam zum Ausdruck, daß die Verschmelzung der Verbände für beide Berufsgruppen ein erfreulicher Fortschritt sei. Das wurde auch auf der dem Verbandstage vorausgegangenen Fachgruppentagung der Steinleger, Pflasterer und Kammer einmütig festgestellt. Der Verbandstag wandte sich gegen die Bestrebungen des Baugewerksbundes, die Steinleger zu sich herüberzuziehen. Es wurde beschlossen, daß eine Verschmelzung mit dem Baugewerksbunde nicht in Frage komme. Von den weiteren Beschlüssen seien erwähnt, die Forderung auf Einführung der 45-Stunden-Woche, Bekämpfung der Altkorarbeit, Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Unternehmerkammern in paritätisch zusammengesetzte Arbeitskammern. Der Zentralverband der Steinarbeiter zählt gegenwärtig 45 000 Mitglieder.

Extrabeiträge im Zimmererverband.

Der Zimmererverband hat zur Auffüllung der durch die Lohn- und Arbeitskämpfe im letzten Halbjahr stark in Anspruch genommenen Kassen und in der Voraussicht bevorstehender schwerer Kämpfe die Erhebung von Extrabeiträgen ausgeschrieben. Dieser Beitrag zum Streifonds ist nach den geltenden Satzungen von den Zahlstellen aus den örtlichen Fonds zu leisten, doch ist der Betrag von den Mitgliedern aufzubringen. Der Extrabeitrag richtet sich nach der Höhe des regelmäßigen Beitrages und schwankt zwischen 1 und 10 Mk.

Der Tabalarbeiter-Verband beruft seinen 19. Verbandstag zum 14. September nach Nordhausen. Nach der vorläufigen Tagesordnung wird er sich in der Hauptsache mit inneren Verbandsangelegenheiten beschäftigen.

Literarisches.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung in Deutschland. Verhandlungen der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am 20. Februar 1923 in Berlin mit Berichten von Prof. Dr. Jastrow, Universität Berlin; Dr. Erdmann, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin; Franz Spilck, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin; Oberregierungsrat Dr. Pleger, Ministerium für Soziale Fürsorge, München; Antonio Popmann, Arbeitsamt Köln; Dr. Heinemann, Direktor des Bundesamts für Arbeitsvermittlung, Wehrer; Regierungsrat Wenda, Reichsarbeitsverwaltung, Berlin. — Heft 7 der Schriften der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Geb. 4 Pfg., Halbleinwand 5 Pfg. Verlag von Weimar Golling, Berlin. — Im Hinblick auf die bevorstehende gesetzliche Regelung des Problems der Arbeitslosenversicherung sind die in einer großen Versammlung von Fachleuten gehaltenen Reden von besonderem Interesse. Die vorliegende wörtliche Niederschrift enthält nicht nur die Reden der oben genannten Referenten, sondern auch die Ausführungen anderer namhafter Sozialpolitiker, die sich an der Aussprache beteilig haben.

Eine neue Schafspare-Ausgabe. Sechs Bände. Bearbeitet von Dr. Arthur Cioffier. Herausgegeben von Volkshilfen-Verlag, Berlin N.W. 10. Best. im Buchhandel pro Band 4,20 Mk., bei Bezug durch die Verlagsgesellschaft des NDBV, Berlin S. 14, Zinslerstr. 6, zum Vorzugspreise von 3 Mk. — Der Volkshilfen-Verlag hat mit diesen Bänden, was er bei Aufhebung seiner Klassifizierung versprochen hat, äußerlich schmidbare Bände, inhaltlich bieten sie eine sehr gute Zusammenfassung der besten Überlegungen der Schafspareischen Dramen. Durch das Lebensbild Schafspares, das Cioffier im ersten Band gibt, durch seine knappen, aber außerordentlich lebendigen Einflüsse auf den einzelnen Worten und durch kurze Anmerkungen am Ende jedes Bandes wird auch dafür gesorgt, daß Schafspares Schaffen verstanden und in seiner ganzen Bedeutung gewürdigt werden kann.

Meyers Lexikon in zwölf Bänden. Siebente, völlig neu bearbeitete Auflage. Über 160 000 Artikel und Vermessungen auf etwa 20 000 Spalten Text mit rund 3000 Abbildungen, Karten und Tafeln im Text; dazu etwa 610 besondere Abbildungen (darunter 99 farbige) und 140 Kartenbeilagen, 40 Statistiken sowie 200 Text- und statistische Übersichten. Band 2 (Bergbau bis Contingent) in halbfester gebunden 30 Mk. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig. — Auch der zweite Band von „Meyers Lexikon“ ist inhaltlich und äußerlich eine Glanzleistung. Stichproben ergeben, daß er mit reichhaltiger Sorgfalt bearbeitet und in ihm stets das Neueste verarbeitet worden ist. Es gibt kaum eine Frage im Bereich des zweiten Bandes von „Meyers Lexikon“, auf die er keine richtige Antwort gibt. Manche Fragen werden in geradezu bewundernswürdiger Weise beantwortet. Der Preis von 30 Mk. für den Band ist für den Arbeiter sehr hoch, aber er ist der Sache wert. Wenn es möglich ist, sich „Meyers Lexikon“ anzuschaffen, der sollte es tun.

Literarische Streifzüge durch die Entwicklung der europäischen Gesellschaft. Von Anna Siemsen. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, G. m. b. H., Jena. Preis 6 Mk. — Das Buch macht uns bekannt mit jenen Dichtern, ihren Werken und ihrem Leben, die uns heute als Kämpfer und Träger einer werdenden Kultur noch etwas bedeuten. Diese sozialen Porträts von Künstlern aller führenden Nationen Europas sollen den Leser des Buches zeigen, sich mit den Werken jener Männer näher zu befassen. So wird dieses Buch zugleich ein Ratgeber zum Studium der schönen Literatur.

Zwang und Freiheit im Sozialismus. Von Albert Kranold. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, G. m. b. H., Jena. Preis 5 Mk. — Kranold macht in diesem Buch den Versuch, aus der Idee der Gemeinschaft, wie sie der Sozialismus in jahrhundertlangem geistiger Arbeit entwickelt hat, die Wege zu zeigen, die zum Ziel der menschlichen Menschheitsgemeinschaft, in der es keinerlei Unterdrückung mehr gibt, führen. Das Buch enthält eine Menge neuer, fruchtbarer Gedanken, mit denen sich der Sozialist beschäftigen muß. Leider hat Kranold seine Ausführungsweise so streng wissenschaftlich gehalten, daß ihm nur eine kleine Anzahl Arbeiter mit dem nötigen Verständnis folgen werden können.

Von der Schriftreihe „Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft“ sind erschienen, Heft 3: Die Rohstoffgrundlage der Wirtschaftsgewandlung. Von Dr. Georg Berger; Heft 4: Das Führerproblem innerhalb der Gewerkschaften. Von Dr. Theodor Callan. Preis des Heftes 50 Pf. Verlag der Neuen Gesellschaft, G. m. b. H., Berlin-Spandau. — Im gleichen Verlag ist erschienen: Der deutsche Arbeiter in der Internationale. Ein Vortrag von Albert Paumeyer. Heft 14 der Sammlung: Praktischer Sozialismus. Preis 50 Pf. und 5 Pf. Porto.

Zentral-Kassenliste der Tischler, Hamburg.

Gesamteinnahmen im Juni	28 330,40 Mk.
Gesamtausgaben im Juni	13 842,58 „
Abeschluß 14 866,82 Mk.	

A. u. L., Hauptkassierer.

Mehrere tüchtige Möbelschleifer und Polierer auf pol. Spiegelglas, nur gute Arbeit. Heißt sich bei Karl Berger, Kantholzfabrik, Dampfabr. G. G. (Hirberg). Wir suchen für sofort mehrere **Zusammensetzer u. Ausarbeiter**, nur tüchtige Kräfte. Heißt sich bei Philips, Altk. - Gesellschaft, Kantstraße 2, B. u. S. **Tüchtige Holzschliffe** in allen Sorten. Heißt sich bei Carl Jürging, Schwanenstraße 12, B. u. S. **2 wickl. tüchtige Polierer** für alle Arten Glas, Spiegel, etc. Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Sprossenstuhlbauer** in allen Sorten. Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Perfekter Kastenmacher** gesucht. Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Glasergeselle**, tüchtig im Reparieren, für alle Arten Glas, Spiegel, etc. Heißt sich bei G. G. (Hirberg).

Tücht. solld. Vorarbeiter zur Einricht. der Klempnerarbeiten. Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Gummidrehler**, tüchtig in allen Sorten. Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Mustermacher** für Einricht. der Klempnerarbeiten. Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Glasergeselle**, tüchtig im Reparieren, für alle Arten Glas, Spiegel, etc. Heißt sich bei G. G. (Hirberg).

Bildhauer- u. Stuhlbauer- Werkzeug unter Garantie liefert Fritz Pflotz, Rabenau i. Sa.

Leim- u. Furnieröfen fertig als Spezialität (Prof. gratis) Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. **Polierwolle** Christ, Wünschmann, Rabenau i. Sa.

Fach-, Lehr- und Vorlagenwerke für Bau- und Möbeltischler, Modelltischler, Böttcher, Treppenhauer, Bildhauer, Instrumentenbauer, Stellmacher, Maschinenarbeiter, Drechsler, Korbmacher, Zimmerer, Bootsbauer.

Verlagsgesellschaft des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Postcheck: Berlin Nr. 28397 (Deutscher Holzarbeiter-Verband) Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 14719/20.

Tüchtigen Glasergehilfen (Kassenschleifer) sucht für sofort G. Hoff, Glaserei, Bad Liebenstein.

Stuhflechttrohrl! Beste, ergiebigste Qualität. Halbl. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Plund Mk. 4,20 4.- 5.50 Bei 9 Plund portofrei, liefert sofort Walthar, Dresden-N., Renefelderstr. 53.

2 Korbmachergesellen auf Grund u. Belegschlüssen werden sofort eingestellt. Lohn nach Tarif. Karl Körner, Galbe u. S., Schloßstr. 15.

Tischlerschule Plankenburg am Harz. Ausbildung als Meister, Techniker, Innenarchitekt. Programm geg. Rückfr.

1 Korbmachergeselle gesucht für sofort mehrere tüchtige Mitarbeiter. Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Korbmacher** für sofort mehrere tüchtige Mitarbeiter. Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Original-Englische Drechslerwerkzeuge** Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Englisch. Bildhauerwerkzeuge** Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Werkzeug - Neuheiten** Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Otto Bergmann** Werkzeug-Versand-Geschäft. Berlin-Lichterfelde-West, Zehlendorfer Straße 33.

Nobelbank-Ersatz. patentamtl. gesch. Neuheit. Preis 6.50 Mk. Bei Mehrbezug Rabatt. Eventl. Teilzahlung. Prospekt 10 Pf. Pfeiffer, Pfarrkirchen.

Original-Englische Drechslerwerkzeuge Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Englisch. Bildhauerwerkzeuge** Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Werkzeug - Neuheiten** Heißt sich bei G. G. (Hirberg). **Otto Bergmann** Werkzeug-Versand-Geschäft. Berlin-Lichterfelde-West, Zehlendorfer Straße 33. **Intorsten** für Scharullen, Nähstiche, Schlitznäher usw. Musterbogen gegen 10 Pf. in Briefmarken. E. Bitter, Heidelberg, Theaterstr. 7.

Kollegen! Nobelbänke liefern wir konkurrenzlos billig in jeder gewünschten Ausführung. Blatt und Untergerüst aus der trockensten Kiefer, äußerst preiswert. Baubüro Betriebs-Verband Schlesien, G. m. b. H., Abteilung Fabrik für Holzbearbeitung, Liegnitz, Gielwitzer Straße 1. **Verbandsmitglieder! Schließ! nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge** Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.